

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 7/4778 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/4170 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Thüringer Haushaltsgesetz 2022 -ThürHhG 2022-)

Fehlanreize in der Migrationspolitik abbauen und Ausreisepflicht durchsetzen

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Die Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zur Änderung des Einzelplans 05 werden wie folgt geändert:

Begründung/ Anlage	Kapitel	Titel	E/A	FZ	Stichwort	Beschluss- vorlage	Ansatz AfD	+/-
1	05 02	538 01	A	291	Dienstleistungen im Rahmen des Integrationskonzeptes	750.000	0	+ 750.000
2	05 02	517 72	A	287	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.700.000	4.450.000	+ 1.250.000
3	05 02	518 72	A	287	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Geräte	1.450.000	2.200.000	- 750.000
4	05 02	537 72	A	287	Beförderungskosten	650.000	8.500.000	- 7.850.000
5	05 02	538 72	A	287	Unterkunft und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen in Einrichtungen des Landes	3.600.000	2.850.000	+ 750.000
6	05 02	636 72	A	287	Erstattungen an Krankenkassen (eGesundheitskarte etc.)	19.500.000	5.000.000	+ 14.500.000
7	05 02	681 72	A	287	Leistungen für ausländische Flüchtlinge im Rahmen der Erstaufnahme	2.100.000	1.500.000	+ 600.000
8	05 02	685 72	A	287	Rückführungshilfen	250.000	600.000	- 350.000
9	05 03	547 04	A	821	Erstattung Im Rahmen der Privatisierung von Landesaufgaben	854.000	754.000	+ 100.000

Die sich aus den Änderungen ergebenden Einsparungen - in Summe: 9.000.000 Euro werden der Allgemeinen Rücklage bei Kapitel 17 16 Titel 359 01 zugeführt.

Begründung:

Zu 1:

Der Titel unterläuft das Verwaltungsverfahrensgesetz ("Amtssprache Deutsch" - § 23 Abs. 1 VwVfG). Gemäß Rechtsprechung handelt ein Ausländer grob fahrlässig, wenn er sich nicht darum bemüht, die Behörde zu verstehen. Hierzu gehört explizit, dass er die Kosten für eine Übersetzung selbst zu tragen hat. Das Ministerium hat de facto diesen Rechtsgrundsatz auf Kosten des Steuerzahlers umgedreht.

Darüber hinaus hemmt eine kostenfreie "Dolmetscherflatrate" den Willen, Deutsch zu lernen. Wenn das Erlernen der deutschen Sprache immer weniger eingefordert wird, bemühen sich die Menschen auch nicht um die Landessprache. Die vom Bund bezahlten Integrationskurse werden so unterlaufen, da ihr Abschluss leicht als nicht notwendig erscheint. Auf diesem Wege erfolgt keine Integration, sondern eine Beförderung von migrantischen Parallelgesellschaften. Dass dies mittlerweile sogar Plan der Regierung ist, zeigt das Programm "Förderung der Herkunftssprache", siehe Kapitel 05 02 Titel 684 72.

Die Erläuterungen zum Titel (hier Verpflichtungsermächtigung) werden verbindlich - siehe Anlage.

Zu 2:

Die entsprechend nummerierte Anlage 2 ist bezüglich ihrer UT zu beachten und verbindlich.

Diverse Reinigungsarbeiten und der Winterdienst in Erstaufnahmeeinrichtungen können von den Bewohnern im Wesentlichen selbst erledigt werden, so wie dies in privaten Wohnräumen auch üblich ist. Betriebskosten werden reduziert durch den Einbau von Geräten mit Selbstauschaltung und gegebenenfalls einer Beteiligung der Bewohner an den Verbrauchskosten, wie dies ebenfalls bei privaten Wohnräumen üblich ist. Der Objektschutz wird auf das notwendige Ausmaß reduziert. Sicherheit und Ordnung in den Anlagen sind durch eine gesonderte Unterbringung von Störern in einer besonderen Einrichtung (siehe Kapitel 05 02 Titel 518 72) und erforderlichenfalls durch ortsnahe und ausreichende Polizeipräsenz sicherzustellen (Ausgabenminderung 3.500.000 Euro). Neuer Untertitel für die gesonderte Unterbringung von Störern, Unruhestiftern, Gewalt- und Straftätern: Ausgabenerhöhung 2.250.000 Euro).

Die Erläuterungen zum Titel (hier Untertitel) werden verbindlich - siehe Anlage.

Zu 3:

Die Erläuterungen zum Titel (hier Untertitel) werden verbindlich - siehe Anlage.

Die Zustände um die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl sind den Einwohnern von Suhl nicht länger zuzumuten. Die Erhöhung der Mittel dient der gesonderten Unterbringung von Störern, Unruhestiftern, Gewalt- und generell Straftätern, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen. Zudem erhöht die Maßnahme die Sicherheit der rechtstreu, friedlichen und integrationswilligen Migranten.

Zu 4:

Die Mittel dienen der Deckung von Kosten einer deutlichen Ausweitung der Durchsetzung der rechtsstaatlich geforderten Ausreisepflicht durch eine Erhöhung der Anzahl von Abschiebungen.

Zu 5:

Reduzierung der Ausgaben für Sozialbetreuung und Sportbetreuung für die künftig separat untergebrachten Straftäter (siehe Kapitel 05 02 Titel 518 72). Kostenreduktion ferner durch Einbeziehung der Bewohner von Migrantenunterkünften bei Verpflegung und Wäschereileistung. Kosten für die sportliche Betätigung sind Kosten der privaten Lebensführung und nicht auf den Steuerzahler abzuwälzen.

Zu 6:

Das Thüringer Modell der "eGesundheitskarte" für Migranten dehnt den Leistungsumfang zu Lasten des Steuerzahlers im Vergleich zu den Kosten drastisch aus, die sich auf Basis der Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ergeben müssten. Die so entstehende medizinische Überversorgung stellt einen Fehlanreiz für illegale Migration und für den Verbleib illegal aufhältiger Migranten in Thüringen dar. 2018 gab das Migrationsministerium an, dass die Kosten für medizinische Versorgung bei unter 5.000.000 Euro liegen sollten. Durch eine Absenkung auf diese Summe werden die Fehlanreize wieder abgebaut.

Zu 7:

Der im Vergleich zum Ist 2020 immer noch um fast eine Million Euro erhöhte Ansatz für 2022 basiert nicht zuletzt auf einer verfehlten Asylpolitik, die Fehlanreize setzt und damit illegale Migration befördert. Im Rahmen der Erstaufnahme gezahltes Taschengeld, Aufwandsentschädigungen für Arbeitsgelegenheiten, Mehrbedarf für Schwangere, Krankenhilfe, Kleidung, Gesundheitspflege und sonstige Leistungen nach § 6 AsylbLG setzen Fehlanreize. Eine Erhöhung der Mittel ist hier nicht Teil der Lösung, sondern des Problems. Es bedarf vor diesem Hintergrund einer Ausgabenreduzierung etwa bei der Ausstattung, um der gegenwärtigen Fehlentwicklung entgegenzuwirken.

Zu 8:

Die Mittelerhöhung soll der Förderung der Ausreise von Ausreisepflichtigen und auch von freiwilligen Rückkehrern dienen.

Zu 9:

Die GfAW ist mit der Umsetzung des Förderprogramms Integrationsförderung - soziale Beratung und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen in Kommunen (Sozialberatungsrichtlinie) - beliehen. Zusätzlich sind im Kapitel 08 10, bewirtschaftet über das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Mittel in Höhe von 860.000 Euro für Kosten der "Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kommunen" (ThiLIK) bereitgestellt. Der Erfüllungsaufwand durch die GfAW kann eingespart werden, da die Kommunen bei der Mittelverwendung ohnehin eigene Sachkompetenz entwickeln mussten und durch die Kommunalaufsicht überwacht werden.

Für die Fraktion:

Kießling

Zur Erläuterung 1

Kapitel/ Titel	FZ	Zweck- bestimmung	Beschluss- vorlage 2022 in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz 2022 in Euro
05 02/ 538 01	291	Ausländer-, Asyl- und Aussiedler- angelegenheiten, Integration; Be- auftragte für Inte- gration, Migration und Flüchtlinge Dienstleistungen im Rahmen des Integrationskon- zeptes	750.000	- 750.000	0

Die Verpflichtungsermächtigung wird wie folgt geändert:

Verpflichtungsermächtigung:

	2022		
	VE nach HH-Entwurf in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	neue VE in Euro
Betrag:	1.700.000	- 1.700.000	0
Davon fällig 2023 bis zu	850.000	- 850.000	0
Davon fällig 2024 bis zu	850.000	- 850.000	0

Begründung:

Der Titel unterläuft das Verwaltungsverfahrensgesetz ("Amtssprache Deutsch" - § 23 Abs. 1 VwVfG). Gemäß Rechtsprechung handelt ein Ausländer grob fahrlässig, wenn er sich nicht darum bemüht, die Behörde zu verstehen. Hierzu gehört explizit, dass er die Kosten für eine Übersetzung selbst zu tragen hat. Das Ministerium hat diesen Rechtsgrundsatz auf Kosten des Steuerzahlers umgedreht.

Darüber hinaus hemmt eine kostenfreie Dolmetscherflatsrate den Willen, Deutsch zu lernen. Wenn das Erlernen der deutschen Sprache immer weniger eingefordert wird, bemühen sich die Menschen auch nicht um die Landessprache. Die vom Bund bezahlten Integrationskurse werden so unterlaufen, da ihr Abschluss leicht als nicht notwendig erscheint. Auf diesem Wege erfolgt keine Integration, sondern eine Beförderung von migrantischen Parallelgesellschaften.

**Anlage 2
Zur Erläuterung 2**

Kapitel/ Titel	FZ	Zweck- bestimmung	Ansatz nach HH-Entwurf 2022 in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz 2022 in Euro
05 02/ 517 72	287	Ausländer-, Asyl- und Aussiedler- angelegenheiten, Integration; Be- auftragte für Inte- gration, Migration und Flüchtlinge Bewirtschaftung der Grundstü- cke, Gebäude und Räume	5.700.000	- 1.250.000	4.450.000

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterung:

Unter- titel	Zweck- bestimmung	2022		
		Ansatz nach HH-Entwurf in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	neuer Ansatz in Euro
0000	Zuweisung	5.700.000	- 5.700.000	0
0100	Landesaufnahmepro- gramm	0	+ 2.250.000	2.250.000
0200	Sonstiges	0	+ 0	0
0300	gesonderte Unterbrin- gung von Störern, Un- ruhestiftern, Gewalttä- tern und Straftätern	0	+ 2.200.000	2.200.000

Begründung:

Zu Untertitel 0100:

Diverse Reinigungsarbeiten und der Winterdienst können von den Bewohnern der Erstaufnahmeeinrichtung im Wesentlichen selbst erledigt werden, so wie dies in privaten Wohnräumen auch üblich ist. Betriebskosten werden reduziert durch den Einbau von Geräten mit Selbstauschaltmodus und gegebenenfalls einer Beteiligung der Bewohner an den Verbrauchskosten, wie dies ebenfalls bei privaten Wohnräumen üblich ist. Der Objektschutz wird auf das notwendige Ausmaß reduziert. Sicherheit und Ordnung in den Anlagen sind durch eine gesonderte Unterbringung von Störern in einer besonderen Unterbringungseinrichtung (siehe Kapitel 05 02 Titel 518 72) und erforderlichenfalls durch ortsnahe und ausreichende Polizeipräsenz sicherzustellen.

Zu Untertitel 0300 Neu:

Neuer Untertitel für die gesonderte Unterbringung von Störern, Unruhestiftern, Gewalt- und Straftätern.

Die Erläuterungen sind verpflichtend.

Zur Erläuterung 3

Kapitel/ Titel	FZ	Zweck- bestimmung	Ansatz nach HH-Entwurf 2022 in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz 2022 in Euro
05 02/ 518 72	287	Ausländer-, Asyl- und Aussiedler- angelegenheiten, Integration; Be- auftragte für Inte- gration, Migration und Flüchtlinge Mieten und Pacht- ten für Grundstü- cke, Gebäude und Geräte	1.450.000	+ 750.000	2.200.000

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterung:

Unter- titel	Zweck- bestimmung	2022		
		Ansatz nach HH-Entwurf in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	neuer Ansatz in Euro
0000	Zuweisung	1.450.000	- 1.450.000	0
0100	Landesaufnahmepro- gramm	0	+ 1.450.000	1.450.000
0200	Sonstiges	0	+ 0	
0300	für die gesonderte Un- terbringung von Störern usw. laut verpflichten- der Erläuterung	0	+ 750.000	750.000

Begründung:

Zu Untertitel 0300 Neu:

Erhöhung der Mittel für eine gesonderte Unterbringung von Störern, Unruhestif-
tern, Gewalt- und generell Straftätern. Dies dient der öffentlichen Sicherheit und
Ordnung und zielt insbesondere auf den Schutz der einheimischen Anwohner
von Unterbringungseinrichtungen. Zudem erhöht die Maßnahme die Sicherheit
der rechtstreuen, friedlichen und Integrationswilligen Migranten.

Die Erläuterungen sind verpflichtend.